

Laschet in den Vereinigten Staaten: Freihandel, Digitalisierung und die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Am vergangenen Sonntag ist der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, zu einer neuntägigen Reise in die USA aufgebrochen. Stationen sind Washington D.C., Kentucky, San Francisco (Silicon Valley) und New York City.

Auf seiner Reise erörtert der CDU-Oppositionsführer aktuelle Themen, die für die USA und Nordrhein-Westfalen gleichermaßen relevant sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen und den USA, die Herausforderungen der Digitalisierung sowie die Debatte um das transatlantische Freihandelsabkommen. Auch der aktuelle Zustand der deutsch-amerikanischen Beziehungen sowie die Situation der jüdischen Gemeinden in den USA und in Europa sind Thema der Gespräche. In Washington DC erörterte Laschet mit dem US-Chefunterhändler für das transatlantische Freihandelsabkommen, Dan Mullaney, den aktuellen Verhandlungsstand. Zudem informierte sich der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende über den Vorwahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen.

In Kentucky wurde der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen durch den Regierungschef des Bundesstaates, Gouverneur Steve Beshear, empfangen. Beim Besuch des Gouverneurs in Nordrhein-Westfalen hatte Laschet den Regierungschef beim Automobil-Kongress in Bochum empfangen. In Kentucky gibt es wie in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Automobilzulieferbetriebe. Laschet sprach dort über die Kooperation mit NRW-Unternehmen und besuchte in Begleitung des Wirtschaftsministers deutsche Unternehmen. Während seines dreitägigen Aufenthalts in San Francisco besucht Laschet verschiedene Unternehmen und Start-Ups im Silicon Valley und erkundigt sich über erfolgreiche Formate der Wirtschaftsförderung für digitale Geschäftsmodelle.

In den letzten Tagen seiner Reise wird er in New York City mit hochkarätigen Personen des jüdischen Lebens sowie der Kultur, der Finanzwelt und der Politik zusammentreffen, unter ihnen die Friedensnobelpreisträger Henry Kissinger und Elie Wiesel.

Pressestelle

Axel Bäumer	- Pressesprecher	Tel: (0211) 884-2213	Mobil (0151) 1 884 10 71	axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de
Nils Sönksen	- Pressereferent	Tel: (0211) 884-2355	Mobil (0151) 1 884 10 90	nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de
Teresa Leson	- Sekretariat/Internet	Tel: (0211) 884-2018	Mobil (0151) 1 884 10 83	teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de
		Tel: (0211) 884-2213		cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de

Häftlingsausbruch: Justizminister muss schwerwiegende Vorwürfe aufklären

Der WDR hat darüber berichtet, dass ein Mithäftling des geflohenen Gefangenen aus der JVA-Rheinbach schwere Vorwürfe gegen Bedienstete und Mithäftlinge erhoben hat. Demnach habe der Flüchtling bei seinem Ausbruch Unterstützung von Bediensteten des Gefängnisses gehabt. Darüber hinaus habe der Mithäftling von einem ausufernden Handel mit Handys, Alkohol und Drogen berichtet. Diese Vorwürfe wiegen schwer und müssen unbedingt bei der Aufarbeitung des Falls aufgeklärt werden. Es geht dabei nicht um Vorverurteilungen. Justizminister Kutschaty muss jetzt umgehend den Vorwürfen nachgehen, die Hintergründe des Ausbruchs lückenlos aufklären, und das Parlament informieren. Wenn die Vorwürfe stimmen, kann das dem Ansehen unseres Rechtssystems großen Schaden zufügen.

Landesregierung muss Flüchtlingsmittel des Bundes für Kommunen schnell und vollständig weitergeben

Der Deutsche Städtetag hat im Vorfeld des Bundesflüchtlingsgipfels den Finger in die Wunde gelegt. Die Regierung Kraft schwingt das große Wort, lässt aber die eigenen Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen im Stich. Statt vereinbarungsgemäß die Bundesmittel 1:1 an die Kommunen weiterzugeben, bezahlt die rot-grüne Landesregierung mit der Hälfte der 108 Millionen Euro eigene Zusagen aus dem ersten NRW-Flüchtlingsgipfel. Die Zweckentfremdung von Bundesmitteln zur Sanierung des desolaten Landeshaushalts ist völlig inakzeptabel. Die Landesregierung heizt damit die teils verzweifelte Lage in den Kommunen weiter an. Vor diesem Hintergrund ist es eine Frechheit, wenn Frau Kraft immer noch mehr Hilfen vom Bund ruft, statt die bisherigen Gelder weiterzugeben und die eigenen Hausaufgaben im Land zu machen.

Wir fordern die Landesregierung weiter dazu auf dem Beispiel von Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland zu folgen und den Kommunen die notwendigen Aufwendungen für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen schneller und umfassender zu erstatten. Zudem muss das Land die Kapazitäten in den Landes-Aufnahmeeinrichtungen auf 15.000 Plätze erhöhen. Nur so ist gewährleistet, dass Flüchtlinge nicht einfach zu den Kommunen durchgereicht, sondern vorher registriert und medizinisch wie psychologisch betreut werden.

Bahnstreik: GDL verspielt jede Glaubwürdigkeit und Akzeptanz

Der erneute Bahn-Streik hat mit Verhältnismäßigkeit nichts mehr zu tun. Alleine die Dauer des angekündigten Streiks lässt jedes gesunde Maß vermissen. Für den Unmut und die Empörung derjenigen, die täglich auf die Bahn angewiesen sind, haben wir vollstes

Verständnis. Die GDL hat am Verhandlungstisch keine Bereitschaft gezeigt, ernsthaft an einem Verhandlungsergebnis interessiert zu sein. Sie steht damit kurz davor, jede Glaubwürdigkeit und jede Akzeptanz zu verspielen. Es droht gar, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für streitige Tarifaueinandersetzungen generell schwindet. Die negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind noch gar nicht abzusehen.

Remmel muss den Landtag umgehend über Leitungsleck in Wesseling informieren

Verschiedene Medien haben berichtet, dass es in Wesseling erneut zu einem Austritt von Rohbenzin aus einer defekten Rohrleitung gekommen ist. Minister Remmel muss nun erklären, warum Parlament und Öffentlichkeit erst zwei Wochen später und über die Medien von dem erneuten Austritt von Rohbenzin in Wesseling erfahren haben, obwohl der Schaden bereits am 23. April entdeckt wurde. Offensichtlich ist es einer Routinekontrolle zu verdanken, dass die Leckage überhaupt festgestellt worden ist. Das Umweltministerium muss schnellstmöglich aufklären, wieviel Rohbenzin ins Erdreich geflossen ist. Angesichts der festgestellten Verunreinigung des Grundwassers mit dem gesundheits- und umweltgefährdenden Stoff Naphtha scheint die Entwarnung durch das Kölner Umweltamt vorschnell.

Die CDU-Landtagsfraktion hat zu dem Vorfall eine entsprechende Berichts-anfrage an Minister Remmel für die kommende Umweltausschusssitzung am 13. Mai gestellt. Angesichts der Vorfälle bei der Firma Shell am selben Standort, bei dem im Jahre 2012 ebenfalls durch eine defekte Rohrleitung eine Million Liter Kerosin ins Erdreich geflossen sind, gilt es bei diesem neuerlichen Vorfall besonders sorgfältig und mit größter Transparenz vorzugehen.

Rote Vetternwirtschaft? 50.000 Euro Erfolgsprämie für Verschwendung in Millionenhöhe

Es ist niemand zu erklären, warum der Steuerzahler dem abberufenen Geschäftsführer des Bau- und Liegenschaftsbetriebs Krähmer eine Prämie von 50.000 Euro zahlen musste. Warum diese Prämie überhaupt gezahlt wurde, ist angesichts der Kostenexplosion beim Landesarchiv von 30 auf 190 Millionen völlig schleierhaft. Abgesehen davon ist es nicht so, als ob SPD-Mitglied Krähmer als BLB-Geschäftsführer wenig verdient hätte. Bis zu seiner Abberufung zurück ins Finanzministerium von Norbert Walter-Borjans (auch SPD) erhielt Krähmer knapp 214.000 Euro Jahresgehalt.

Wie sich die Zusatzprämie in Höhe von 50.000 Euro im Einzelnen berechnet und wie die Vertragskonstellationen zwischen Walter-Borjans und Krähmer waren, hat der Finanzminister bis heute nicht offengelegt. Wir stellen uns die Frage, ob die Kosten für das

Landesarchiv möglicherweise vorher künstlich hochgerechnet wurden, damit sie im Nachhinein niedriger ausfielen. Oder wurde die Prämie nur ausgezahlt, weil Krähler mit seiner Abberufung als BLB-Geschäftsführer zum Bauernopfer des Finanzministers wurde?

Hier wird der Finanzminister Rede und Antwort stehen müssen. Wir haben daher für die nächste Sitzung des Unterausschusses Landesbetriebe und Sondervermögen einen Fragenkatalog eingereicht.

Brückenchaos: Groschek muss Lösungen liefern statt Konferenzen einzuberufen

Dass es einen riesigen Sanierungsstau auf den nordrhein-westfälischen Rheinbrücken gibt, ist allseits bekannt. Tausende Pendler erfahren das tagtäglich am eigenen Leib, wenn sie sich in und um Leverkusen und Duisburg durch kilometerlange Staus quälen. Angesichts des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung hat Verkehrsminister Groschek eine Vielzahl von vermeintlichen und tatsächlichen Fachleuten zu einem sogenannten „Brückengipfel“ nach Nordrhein-Westfalen eingeladen. Bei dieser Konferenz hat man sich aber wieder einmal damit begnügt, die Probleme zu besprechen. In Sachen Lösung ist man hingegen nicht wirklich weitergekommen. Runde Tische ersetzen aber kein Regierungshandeln. Es ist weder gerechtfertigt, noch hilft es den Betroffenen, das Nichtstun der vergangenen Jahre auf die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich in Berlin zu schieben. Minister Groschek muss endlich Lösungen präsentieren.

CDU-Vorschläge im neuen DB-Fernverkehrskonzept umgesetzt

In dieser Woche wurde im nordrhein-westfälischen Landtag das neue Fernverkehrskonzept der Deutschen Bahn vorgestellt. Es ist ein durchdachtes, tragfähiges und kundenfreundliches Konzept aus einem Guss. Die attraktiven Verbindungen geben Anreiz, um Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Die tarifliche Integration von Nah- und Fernverkehr und der Ausbau des Fernverkehrs auf gefährdeten oder bereits ausgedünnten Achsen wie Münster-Frankfurt oder Hamburg-Ruhrgebiet-Trier sind nun sichergestellt. Das waren zentrale Forderungen in einem Antrag der CDU-Landtagsfraktion aus dem Jahr 2012 (Drucksache 16/1474), die übernommen und umgesetzt wurden. Die Anbindung der Regionen und Großstädte an den Fernverkehr ist ein wichtiger Standortfaktor und die bessere Integration mit dem Nahverkehr sorgt für Effizienz und Attraktivität im Bahnverkehr.

Rot-Grün hat zu diesem Konzept nichts beigetragen. Unseren Antrag „Ausbau und Integration von Schienenfern- und Nahverkehr“ hatten die Fraktionen von SPD und Grünen 2013 abgelehnt. Konstruktive Vorschläge gab es von Seiten der Koalitionsfraktionen nicht. Es ist gut, dass die DB sich von der Rot-Grünen Arroganz in Nordrhein-Westfalen nicht von sinnvollem Handeln abhalten lässt.